

Rüsselsheim, den 25.01.2021

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom Dienstag, den 08.12.2020 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Die Niederschrift über die 40. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 10.11.2020 wird genehmigt.

TOP 2 Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 einschl. 1. und 2. Fortschreibung zum Haushaltsplanentwurf 2021 DS-Nr. 776/16-21 / 776a/16-21 / 776b/16-21

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 inkl. 1. und 2. Fortschreibung sowie die Anträge der Fraktionen zur DS-Nr. 776/16-21 werden beraten.

Dem Vorschlag des Vorsitzenden entsprechend werden nur die Anträge zur Beratung und Abstimmung aufgerufen, für die aufgrund der vorliegenden Liste der Abstimmungsergebnisse noch keine Voten bestehen bzw. die grundsätzlich zur Behandlung im Haupt- und Finanzausschuss vorgesehen sind. Der Vorsitzende stellt den Ausschussmitgliedern jedoch frei, Anträge, die bereits in den vorherigen Fachausschüssen beraten und bei denen eine Beschlussempfehlung abgegeben wurde, nochmals zur Beratung aufzurufen.

Abstimmung des Haupt- und Finanzausschusses über die Haushaltsanträge 2021 gemäß Auflistung vom 20.11.2020:

- Antrag Nr. 1 Teilergebnishaushalt 010100010 (Ortsbeiräte)
Sachkonto 6869200 (Aufwendungen in besonderen Fällen,
Ortsbeirat Königstädten)
Sachkonto 6869300 (Aufwendungen in besondern Fällen,
Ortsbeirat Bauschheim)
Antrag der Fraktion Die Linke:
Für die Ortsbeiräte in Bauschheim und Königstädten werden
jeweils 5.000 EUR eingestellt.
Beschluss:
Bei 2 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich
abgelehnt.

- Antrag Nr. 3
Teilergebnishaushalt 040030000 (Kultursteuerung)
Sachkonto 7128836 (Zuschüsse, institutionelle Förderung)
Teilergebnishaushalt 080055000 (Sport)
Sachkonto 7128862 (Zuschüsse Sportförderung)
Teilergebnishaushalt 010100030 (Magistrat)
Sachkonto 7128905 (Corona Hilfsfonds)
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke/ListeSolidarität, Fraktion FW/FNR:
Es werden folgende Haushaltsansätze eingestellt:
100.000,- EUR (Kultursteuerung, institutionelle Förderung)
100.000,- EUR (Sport, Sportförderung)
Die Mittel werden gesperrt bis das Vereinssicherungskonzept vorliegt.
50.000,- EUR (Corona-Hilfsfonds)
Über die Freigabe entscheidet der Kultur-, Schul- und Sportausschuss.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt**.
- Antrag Nr. 7
Teilergebnishaushalt 060546000 (Kinder- und Jugendhäuser)
Sachkonto 7128300 (Jugendarbeit Bauschheim, Zuschuss „Auszeit e.V.“)
Kontengruppe 11/12 (Personal- und Versorgungsaufwendungen)
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/
Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Es werden folgende Haushaltsansätze eingestellt:
36.000,- EUR (Zuschuss „Auszeit e.V.“) [Punkt 1]
45.000,- EUR (Jugendarbeit Königstädten) [Punkt 2]
Beschluss:
Bei 7 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich
zugestimmt.
- Antrag Nr. 10
Produktgruppe 1502 (Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen)
Sachkonto 5300120 (Pacht (Gebäudewirtschaft))
Sachkonto 5300150 (Mietnebenkosten)
Antrag der CDU-Fraktion:
Reduzierung des Haushaltsansatzes um 21.827,- € auf
91.973,- EUR (Pacht (Gebäudewirtschaft))
Reduzierung des Haushaltsansatzes um 13.397,- EUR auf
58.503,- EUR (Mietnebenkosten)

Auf Anfrage der Stadtv. Kropp gibt Herr Stadtrat Kraft
einen Sachstandsbericht zur aktuellen Situation der Pächter und
sagt eine der individuellen Situation angepasste Lösung zu.
Dementsprechend könne eine Anpassung der Haushaltsansätze
wie von der CDU-Fraktion beantragt erfolgen.
Beschluss:
Bei 2 Stimmenthaltungen einstimmig **zugestimmt**.
- Antrag Nr. 12
Teilfinanzhaushalt 150179100 (Wirtschaftsförderung)
Investitionsnr. 15017910AB (Hinweisschilder, Einzelhandel und
Handwerk)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Auf den Hauptstraßen in Königstädten (Astheimer Str.,
Nauheimer Str.) werden Hinweisschilder installiert, die auf die
Einzelhandelsgeschäfte und Handwerker hinweisen, [...].
[Es wird hierfür ein Haushaltsansatz in Höhe von 5.000,- EUR
angenommen.]
Beschluss:

Bei 7 Gegenstimmen mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 13

Stellenplan
Teilhaushalt 060546000 (Kinder- und Jugendhäuser)
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/
Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Ausweitung der personellen Kapazitäten für den Jugendtreff
Königstädten.
[Es wird hierfür eine 0,64 Stelle TVÖD S 11b angenommen]
Beschluss:
Bei 7 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich
zugestimmt.

Antrag Nr. 14

Stellenplan
Teilhaushalt 050562000 (Wohnungswesen)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Schaffung einer zusätzlichen Stelle
[Es werden hierfür eine Stelle TVÖD 9a und Personal- und
Versorgungsaufwendungen von 63.000,- EUR angenommen.]
Auf Nachfrage des Stadtv. Tollkühn, ob die Stelle tatsächlich
benötigt wird, teilt Frau Neumüller (Dezernat II) mit, dass
Herr Bürgermeister Grieser vorschlägt, die Stelle zunächst zu sperren.
Diesen Vorschlag aufgreifend beantragt die Stadtv. Steinborn einen
entsprechenden Sperrvermerk und die Freigabe durch die Stadtverord-
netenversammlung, sobald die Notwendigkeit der Stelle dargelegt wird.
Beschluss:
Unter Einschluss des beantragten Sperrvermerks bei 8 Gegen-
stimmen mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 15

Stellenplan
Teilhaushalt 060040720 (Verwaltung Kindertagesstätten)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Erhöhung um eine Stelle.
Der Stadtv. Krug erklärt den Antrag durch den weitergehenden
Antrag Nr. 15a für **erledigt**.

Antrag Nr. 15a

Stellenplan
Teilhaushalt 060040720 (Verwaltung Kindertagesstätten)
Antrag des Jugendhilfeausschusses:
Erhöhung um zwei Stellen (Entgeltgruppe TVöD 12,
Entgeltgruppe TVöD 8)
Beschluss:
Bei 8 Gegenstimmen mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 16

Stellenplan
Teilhaushalt 010102400 (Presse- und Medienarbeit)
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
Statt 3 Stellen wird nur eine Stelle neu geschaffen und gesperrt.
Nach der Begründung der Stellenneuschaffungen durch den
Oberbürgermeister erklärt der Stadtv. Krug die Streichung des
beantragten Sperrvermerks.
Die Stadtv. Steinborn beantragt für 2 der neu geschaffenen
Stellen eine Sperre.
Beschluss:
Der Antrag der Stadtv. Steinborn wird bei 3 Ja-Stimmen und
einer Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehnt**.
Im Übrigen wird der Antrag bei 4 Ja-Stimmen und 2 Stimm-

enthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

- Antrag Nr. 17 Stellenplan
Teilhaushalt 010102450 (Stadtmarketing)
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität:
Die geplante neue Stelle wird mit einem Sperrvermerk versehen.
Beschluss:
Bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 18 Stellenplan
Teilhaushalt 150179100 (Wirtschaftsförderung)
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität:
Die zusätzliche Stelle wird gesperrt.
Beschluss:
Bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 21 Haushaltsbegleitantrag
Grundsätze einer strategischen Ansiedlungspolitik
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität:
Der Magistrat bringt bis zur Sommerpause 2021 den Entwurf eines Grundsatzpapiers zur strategischen Ansiedlungspolitik ein.
Beschluss:
Bei 2 Gegenstimmen **zugestimmt**.
- Antrag Nr. 22 Haushaltsbegleitantrag
[ergänzte Version vom 08.12.2020]
Radweg entlang der Oppenheimer Straße
Antrag der Fraktionen BfL, CDU, SPD im Ortsbeirat Bauschheim:
Die Radwegverbindung von Bauschheim nach Rüsselsheim wird [...] überplant [...].
Das Ergebnis der Überplanung wird dem Ortsbeirat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
Die dafür notwendigen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

Herr Stadtrat Kraft empfiehlt zur Umsetzung die Einstellung von 500.000,- EUR in den Haushaltsplanentwurf 2021.
Diese Empfehlung wird durch den Stadtv. Stahl aufgegriffen, der die Aufnahme von 500.000,- EUR für eine entsprechende Investition beantragt.
Beschluss:
Bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen **zugestimmt**.
- Antrag Nr. 24 Haushaltsbegleitantrag
Aufstockung des Stundenbudgets für die offene Kinder- und Jugendarbeit von Auszeit im Stadtteil Bauschheim und der personellen Kapazitäten für den Jugendtreff in Königstädten
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Punkt 4: Der Magistrat erarbeitet für das gesamte Stadtgebiet Vorschläge zum Ausbau der Kinder-/Jugendförderung und legt hierfür eine gesonderte Drucksache vor.
Beschluss:
Bei 7 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **zugestimmt**.

- Antrag Nr. 25 Haushaltsbegleitantrag
Schulisches Mobilitätsmanagement
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Der Magistrat legt ein Konzept vor das aufzeigt, wie das schulische Mobilitätsmanagement an allen Schulen Rüsselsheim durchgeführt werden kann.
Beschluss:
Im Kultur-, Schul- und Sportausschuss mehrheitlich **zugestimmt**.
- Antrag Nr. 26 Haushaltsbegleitantrag
Vereinssicherungskonzept und Soforthilfefonds
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität, Fraktion FW/FNR:
Zur Sicherung, Förderung und Erhaltung der Rüsselsheimer Vereine in Zeiten der Corona-Pandemie wird der Magistrat beauftragt, ein Vereinssicherungskonzept zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Entscheidung vorzulegen. Die städtische Förderung greift nur, wo keine Bundes- oder Landesmittel zur Verfügung stehen.
Beschluss:
Einstimmig **zugestimmt**.
- Antrag Nr. 27 Haushaltsbegleitantrag
Änderung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte
Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:
§ 2 Abs. 4 der Geschäftsordnung wird wie folgt geändert:
Der Ortsbeirat entscheidet gemäß § 82 Abs. 4 HGO im Rahmen der von der Stadtverordnetenversammlung bereitgestellten Mittel über Maßnahmen, soweit deren Bedeutung nicht über die Grenzen des Ortsbezirks hinausgeht und soweit die Einheit der Verwaltung nicht gefährdet ist. [...]
Beschluss:
Bei 2 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehnt**.
- Antrag Nr. 28 Haushaltsbegleitantrag
Verwaltungsorganisation/Stadtentwicklung/Finanzen
Antrag der CDU-Fraktion:
1) Der Magistrat wird beauftragt, für jede Investition, die sich im aktuellen Investitionsprogramm (2020-2024) befindet und für die jährlich folgenden Investitionen eine Folgekostenrechnung zu erstellen. Die Aufstellung erfolgt nach Vorgabe des Hess. Rechnungshofs / GemHVO.
2) Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für ein flexibles Arbeitsplatzmanagement zu erarbeiten, welches das Ziel verfolgt, die Gesamtarbeitsplatzkosten zu reduzieren.
3) Der Magistrat wird beauftragt, nicht besetzte „Planstellen“, die in den letzten 3 Jahren nicht besetzt wurden, umzuwidmen in Stellen, die als neue Stellen geplant sind.
4) Der Magistrat wird beauftragt, für alle Produkte des Haushalts verbindliche Kennzahlen und Produktziele zu erarbeiten. Dazu wird er eine Arbeitsgruppe bilden, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen, der Fachverwaltung und des Kämmers besteht. Der Magistrat kommt zu diesem Zweck mit einem Zeitplan, der die Abarbeitung dieser Aufgabe darstellt, auf die Stadtverord-

- netenversammlung zu.
- 5) Der Magistrat wird beauftragt, im Zuge der Neustrukturierung von Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung ein professionelles Flächenmanagement (Instrument der nachhaltigen Grundstücksentwicklung) einzusetzen.
 - 6) Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Kreis Groß-Gerau über die Ansiedlung der KfZ-Zulassungsstelle in Rüsselsheim am Main zu verhandeln. Die KfZ-Zulassungsstelle wird in Eigenregie der Stadt Rüsselsheim am Main betrieben.
 - 7) Der Magistrat wird beauftragt ein ganzheitliches Stadtentwicklungsprogramm zu erarbeiten, das auf Grundlage der Leipziger Charta basiert und Rüsselsheim gleichzeitig zur „Smart City“ entwickelt. In einem öffentlichen Prozess sind die Bevölkerung, Interessengruppen, die Hochschule und wirtschaftliche Akteure einzubinden.

Der Stadtv. Walczuch beantragt Einzelabstimmung zu den Punkten 1-6 bzw. 7.

Beschluss:

Punkt 1-6 bei 8 Ja-Stimmen mit der Mehrheit der Gegenstimmen **abgelehnt.**

Punkt 7 bei 6 Ja-Stimmen mit der Mehrheit der Gegenstimmen **abgelehnt.**

Antrag Nr. 29
[geänderter gemeinsamer Antrag vom 08.12.2020]

Haushaltsbegleit Antrag

Kulturentwicklung in Rüsselsheim am Main

Geänderter gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und

Bündnis 90/Die Grünen zu Antrag Nr. 29:

- 1) Der Magistrat wird beauftragt, für die jährliche Veranstaltungsreihe „Kultur im Sommer“ das Ausrichtungskonzept an den positiven Erfahrungen der Veranstaltungsreihe im Jahr 2020 anzuknüpfen und gegebenenfalls weitere Vorschläge mit dem Ziel einer Qualitätssteigerung vorzuschlagen.
- 2) Der Magistrat wird beauftragt, das Förderstipendium der Stadt Rüsselsheim am Main zu evaluieren.
- 3) Der Magistrat wird beauftragt, für das Gebäude „Palais Verna“ ein Nutzungskonzept für eine kulturelle Nachnutzung zu erarbeiten. Zusätzlich wird die Einbeziehung eines gastronomischen Betriebes geprüft.

Beschluss:

Bei 2 Stimmenthaltungen einstimmig **zugestimmt.**

Antrag Nr. 34

Haushaltsbegleit Antrag

Machbarkeitsstudie: Brennstoffzellenfahrzeuge im ÖPNV und kommunalen Fuhrpark

Antrag der FDP-Fraktion:

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine schrittweise Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Brennstoffzellenantrieb zu prüfen.

Der Stadtv. Karger schlägt vor, den Antrag technologieoffen umzuformulieren. Dieser Vorschlag wird durch

den Stadtv. Sert aufgegriffen, so dass der geänderte Antrag wie folgt lautet:

Der Magistrat wird beauftragt, im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für eine schrittweise Umrüstung der kommunalen Fahrzeugflotte und der im ÖPNV eingesetzten Busse auf emissionsfreie Antriebe zu prüfen. Dabei soll das Ergebnis offen bleiben für weitere Technologien.

Beschluss:

Bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich **zugestimmt.**

Antrag Nr. 35

Haushaltsbegleitantrag

Wirtschaftsförderungsmittel und nach Corona:
Werbekampagne für lokale Gewerbetreibende
Antrag der FDP-Fraktion:

1. Der Magistrat wird beauftragt eine Werbekampagne zu Gunsten der Gewerbetreibenden vor Ort und der lokalen Wertschöpfungsketten zu initiieren.
2. Im Rahmen der Werbekampagne soll auf der Homepage der Stadt eine Plattform eingerichtet und beworben werden, auf der alle speziell auf die Anforderungen der Corona-Pandemie ausgerichteten Angebote der Gewerbetreibenden gebündelt werden.

Beschluss:

Bei einer Stimmenthaltung einstimmig **zugestimmt.**

Antrag Nr. 36

Haushaltsbegleitantrag

Digitale Bildung: Beantwortung eines Fragenkatalogs
Antrag der FDP-Fraktion:
Beantwortung eines Fragenkatalogs Punkte 1-13

Der Stadtv. Metz verweist darauf, dass es sich inhaltlich hier eigentlich um eine Anfrage handelt. Dementsprechend zieht der Stadtv. Sert den Antrag zurück und stellt eine entsprechende **Anfrage an den Magistrat.**

Antrag Nr. 37

Haushaltsbegleitantrag

Innenstadt 4.0 forcieren: Einführung eines öffentlichen, kostenlosen WLANs und Smart Benches in der Innenstadt

Antrag der FDP-Fraktion:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass ein öffentliches, kostenloses WLAN-Netz die Attraktivität der Innenstadt steigert. Die Bereitstellung von WLAN auf öffentlichen Plätzen fördert den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie, trägt zur lebendigen Entwicklung der Innenstadt bei und unterstützt den Tourismus. WLAN-Hotspots erlauben es zudem, vermehrt digitale Konzepte in der Innenstadt und im Einzelhandel zu erproben.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, schnellstmöglich ein Konzept für eine flächendeckende WLAN-Versorgung zur Aufwertung der erweiterten Innenstadt (Festung/Eichsfeld/Opel-Altwerk) vorzulegen und zu prüfen, welche Förderprogramme dafür genutzt werden können.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, die Anschaffung von Smart-Benches (intelligente Sitzbänke)

und intelligenten Anzeigetafeln zu prüfen, um die Innenstadt weiter aufzuwerten und eine neue Form der Bürgerkommunikation zu schaffen.

Beschluss:

Bei 3 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **zugestimmt**.

Antrag Nr. 38

Haushaltsbegleitantrag

Intelligent vernetzt mit LoRaWAN-Infrastruktur fürs Internet der Dinge schaffen

Antrag der FDP-Fraktion:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die intelligente Vernetzung des öffentlichen Raumes dazu beiträgt, das Leben in Rüsselsheim effizienter, technologisch fortschrittlicher und nachhaltiger zu gestalten. Das Internet der Dinge (IoT) ermöglicht es, kommunale Dienstleistungen zu optimieren und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu steigern.
2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Aufbau einer flächenbedeckenden Infrastruktur für vernetzte Sensoren im öffentlichen Raum mithilfe der Netzwerkarchitektur „Long Range Wide Area Network“ (LoRaWAN) aus.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat dazu auf, ein LoRaWAN-Netzwerk aufzubauen und LoRaWAN-Basisstationen („Gateways“) an öffentlichen Gebäuden zu errichten. Der Magistrat soll zudem IoT-Pilotprojekte für Einsatz von Sensoren zur Verbesserung des kommunalen Dienstleistungsangebots prüfen. Die lokale Wirtschaft und Zivilgesellschaft soll in den Aufbau des Netzwerkes einbezogen werden, um das Vertrauen in die Digitalisierung zu stärken und die Mitwirkung bei der Gestaltung des IoT zu fördern.

Beschluss:

Bei 6 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich **abgelehnt**.

Antrag Nr. 39

Haushaltsbegleitantrag

Digitalisierungsstrategie entwickeln und Ernennung eines Digitalisierungsbeauftragten

Antrag der FDP-Fraktion:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die digitale Transformation große Chancen für die Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsentwicklung in Rüsselsheim bietet. Um die Rahmenbedingungen der Digitalisierung erfolgreich zu gestalten und die Bürgerinnen und Bürger aktiv einzubinden, bedarf es klarer politischer Prioritäten und Zuständigkeiten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, eine Digitalisierungsstrategie für Rüsselsheim zu erstellen. Eine solche Strategie ist Grundlage für die Entwicklung zur Smart City/Smart Region. Der Strategieprozess soll dabei partizipativ mit der örtlichen Gemeinschaft erfolgen, damit die Strategie die Bedürfnisse und Schwerpunkte der Bürgerinnen und Bürger reflektiert.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, eine(n) Digitalisierungsbeauftragte(n) zu ernennen und eine Stabsstelle für Digitalisierung einzurichten, um die Digitalisierungsaktivitäten in Rüsselsheim zu koordinieren.

Der Aufgabenbereich des/der Digitalisierungsbeauftragten bzw. der Stabsstelle für Digitalisierung umfasst die Entwicklung der digitalen Strategie und die ganzzeitliche Steuerung der Digitalisierungsprojekte über die Fachbereiche hinweg.

4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, einen halbjährlichen Digitalisierungsbericht vorzulegen, in dem die Ziele sowie der Umsetzungsstand der Digitalisierungsprojekte dargelegt werden.

Beschluss:

Bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Der Stadtv. Metz teilt mit, dass falls heute eine Abstimmung erfolgen sollte, sich die CDU-Fraktion der Stimme enthalten werde, da noch Beratungsbedarf im Rahmen der kommenden Fraktionssitzung bestehe.

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 2 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen mehrheitlich empfohlen, dem Entwurf der Haushaltssatzung einschließlich 1. und 2. Fortschreibung sowie den in den Ortsbeiräten und Fachausschüssen beschlossenen Änderungsanträgen und unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse und sonstiger Änderungen gemäß den Anlagen zum Bericht des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.2020 zuzustimmen.

**TOP 3 Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den
Zeitraum 2020 – 2024
DS-Nr. 777/16-21**

Die Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2020-2024 wird in 2. Lesung beraten. Unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zum Entwurf der Haushaltssatzung einschließlich 1. und 2. Fortschreibung sowie der Änderungen gemäß den Anlagen zum Bericht des Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.12.2020 wird der Stadtverordnetenversammlung bei 2 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, die Drucksache wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Finanzplan für den Zeitraum 2020 – 2024, der auf dem Erkenntnisstand vom 09.09.2020 basiert, zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass insbesondere durch den massiven Rückgang der Erträge infolge der Corona-Pandemie der Ergebnishaushalt in den Jahren 2022 bis 2024 jährlich sowohl mit einem ordentlichen Defizit als auch mit einem liquiditätswirksamen Defizit abschließen wird.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Finanzierung der Tilgungsleistungen incl. der Tilgungsanteile Hessenkasse aus dem Liquiditätsüberschuss des Ergebnishaushaltes jahresbezogen ab dem Jahr 2022 erfolgen muss, dies aber aufgrund der aktuellen Entwicklungen derzeit nicht dargestellt werden kann.
4. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Aufbau eines Liquiditätspuffers nach § 106 HGO in Höhe von rund 3,7 Mio. € aktuell nicht möglich ist.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm für den Zeitraum 2020 - 2024.

**TOP 4 Kultur123 Stadt Rüsselsheim Wirtschaftsplan 2021 einschl. Fortschreibung
DS-Nr. 798/16-21 / 798a/16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 2 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, die Vorlage inkl. der Fortschreibung wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. dass die Betriebskommission Kultur123 Stadt Rüsselsheim in ihrer Sitzung vom 16.09.2020 den Wirtschaftsplan 2021 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und Finanzplan zur Kenntnis genommen hat. Sie empfiehlt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bei 2 Enthaltungen mehrheitlich dem Wirtschaftsplan 2021 zuzustimmen.
2. dass sich das Planergebnis 2021 in Höhe von -8.057.725 € nach Umlage des Zentralen Bereichs wie folgt auf die Betriebsteile verteilt:

vhs	-1.703.642 €
Kultur & Theater	-3.909.828 €
Musikschule	-887.360 €
Stadtbücherei	-1.556.895 €

B Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2021 mit folgenden Werten:

im Erfolgsplan	
in den Erträgen mit	4.135.490 €
in den Aufwendungen mit	12.193.215 €
und somit mit einem	
Betriebsergebnis von	-8.057.725 €
im Vermögensplan	
in der Ausgabe	435.000 €
in der Einnahme (Deckungsmittel)	435.000 €
2. dass der von der Stadt Rüsselsheim zu übernehmende finanzielle Ausgleich dabei auf 8.057.725 € festgesetzt wird.
3. dass der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsplan 2021 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, auf 435.000 € festgesetzt wird
4. dass der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen

Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, auf
8.057.000 €
festgesetzt wird.

5. dass die im Wirtschaftsplan 2021 ausgewiesene Stellenübersicht gilt.

**TOP 5 Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss 2020
Eigenbetrieb Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 799/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Herr Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Dipl.-Oec. Ralf-Peter Ludwig, Frankfurt wird zum Prüfer des Jahresabschlusses 2020 für den Eigenbetrieb Kultur123 Stadt Rüsselsheim bestellt.

**TOP 6 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim – Jahresabschluss 2019
DS-Nr. 808/16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass das Unternehmensergebnis mit einem Jahresgewinn von 99.052,79 EUR abschließt.

A. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

der Jahresabschluss der Städtischen Betriebshöfe Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2019 festgestellt wird,

der Gewinn in Höhe von 99.052,79 EUR der Stadt Rüsselsheim am Main zugeführt wird.

**TOP 7 Grundsatzentscheidung über den künftigen Standort des Bau- und
Betriebshofes des Städteservice Raunheim/Rüsselsheim (AÖR) sowie über
den Neubau des Wertstoffhofes
DS-Nr. 784/16-21**

Da bestimmte Fragen zur Thematik noch nicht beantwortet wurden und um dem Vorwurf einer übereilten Entscheidungsfindung zu begegnen, meldet die Stadtv. Boukayeo trotz grundsätzlicher Abstimmungsbereitschaft für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an.

Dementsprechend wird die Vorlage diskutiert und zur Abstimmung in die Stadtverordnetenversammlung verschoben.

TOP 8 Wochenmarktkonzept 2020
Haushaltsbegleitantrag zum Haushaltsplanentwurf 2017 von SPD, WsR,
Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität vom 27.11.2016
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.10.2017 zum Thema
Marktplatz
Anfrage Nr. 115 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 20.05.2020
DS-Nr. 802/16-21

Die Vorlage wird beraten. Der Stadtv. Stahl verlässt vor der Abstimmung den Sitzungssaal.

Der Stadtv. Krug stellt folgenden Änderungsantrag zu Punkt 3 des Beschlussvorschlags:

„3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, den Beschluss vom 01.10.2015 zur Pflanzung der 3 fehlenden Bäume umzusetzen. Bei der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts ist dies zu berücksichtigen.“

Der Änderungsantrag wird bei 2 Ja-Stimmen und einer Stimmenthaltung mit der Mehrheit der Gegenstimmen ab gelehnt.

Die Stadtv. Steinborn beantragt getrennte Abstimmung zu den Punkten 1-3 bzw. 4 des Beschlussvorschlags.

Dementsprechend wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen und bei 3 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, dem Beschlussvorschlag (Punkt 1-3) und bei 6 Gegenstimmen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen (Punkt 4) zuzustimmen.

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das Wochenmarktkonzept 2020 (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass diese Vorlage als Zwischenbericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.10.2017 zum Thema Marktplatz anzusehen ist.

B. Beschlussvorschlag

1. Der Magistrat wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Marktkonzeptes und Einbindung der Hauptnutzer*innen, ein ganzheitliches Gestaltungskonzept für den Marktplatz zu erarbeiten.
2. Das Gestaltungskonzept des Marktplatzes ist der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, von der Ergänzung des Baumbestandes auf dem Marktplatz bis zum Vorliegen des ganzheitlichen Marktplatz-Gestaltungskonzeptes abzusehen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den
 - Haushaltsbegleitantrag zum Haushaltsplanentwurf 2017 von SPD; WsR; Bündnis 90/Die Grünen; Die Linke/Liste Solidarität vom 27.11.2016
 - Anfrage Nr. 115 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 20.05.2020

als erledigt.

**TOP 9 Einführung einer Zweitwohnungsteuer
HH-Begleitantrag Nr. 61 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und
Die Linke/Liste Solidarität vom 18.02.2018
DS-Nr. 805/16-21**

Der Stadtv. Karger begründet den vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 03.12.2020. Der Änderungsantrag wird bei 6 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen und 6 Gegenstimmen abgelehnt.

Der Stadtverordnetenversammlung wird bei 7 Gegenstimmen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der Ergebnisse der Vorarbeiten und unter Berücksichtigung der aktuellen Corona-Situation ein abschließendes Konzept zur Einführung einer Zweitwohnungsteuer nicht erstellt wurde.

A. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den o. g. Antrag für vorerst erledigt. Der Antrag wird nach der Corona-Pandemie erneut aufgegriffen.

**TOP 10 Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten
Maßnahmen
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
Bezug: DS-Nr. 640/16-21 Schulentwicklungsplanung für die Schulen der Stadt
Rüsselsheim am Main 2019 – 2024 (Beschlussziffer 21)
DS-Nr. 804/16-21**

Der Stadtv. Krug stellt den Änderungsantrag, über die Vorlage bzw. die Prioritätenliste abstimmen zu lassen sowie die Gerhart-Hauptmann-Schule der Priorität 1 zuzuordnen. Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mit der Mehrheit der Gegenstimmen abgelehnt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 11 Weiteranmietung von Unterbringungskapazitäten für von Wohnungslosigkeit
gefährdete und wohnungslose Menschen
DS-Nr. 803/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung bei einer Gegenstimme mit der Mehrheit der Ja-Stimmen empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Verhandlungen mit den Vermieter*innen über die Weiteranmietung der gemäß Drucksache 716/16-21 vorgeschlagenen Objekte zum Zweck der Unterbringung von anerkannten Geflüchteten und Vermeidung von Obdachlosigkeit erfolgreich abgeschlossen wurden.
2. zur Refinanzierung der Mieten und Betriebskosten eine Unterbringungsgebühr in Höhe von 303 € je Person und Monat erhoben werden muss.
3. die Unterbringungsgebühr damit zwar höher ist als vor den Verhandlungen kalkuliert,

- jedoch deutlich unter jener von Seiten des Kreises in Asylunterkünften erhobenen Unterbringungsgebühr in Höhe von 380 € je Person liegt.
4. die zu erhebende Unterbringungsgebühr gemäß zu beschließender Gebühren- und Nutzungssatzung die Angemessenheitsgrenze der Kosten der Unterkunft (KDU) gemäß SGB II und XII ab einer Haushaltsgröße von drei Personen übersteigt.
 5. gemäß Vereinbarung des Kreises mit dem Jobcenter und Kreissozialamt die Unterbringungsgebühren in Asylunterkünften des Kreises ungeachtet der Angemessenheitsgrenze in voller Höhe für die Dauer der Wohnungssuche anerkannter Geflüchteter übernommen werden. Somit werden die Unterbringungsgebühren erheblich länger übernommen, als die vom Gesetzgeber vorgesehenen 6 Monate gemäß §22 Abs. 1 Satz 2 SGB II und §35 Abs. 2 Satz 2 SGB XII.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung

1. beschließt die Anmietung der Objekte zum Zweck der Unterbringung von anerkannten Geflüchteten und zur Vermeidung von Obdachlosigkeit unter den in dieser Beschlussvorlage dargestellten Konditionen.
2. beschließt die Gebühren- und Nutzungssatzung zwecks vollumfänglicher Refinanzierung der entstehenden Aufwendungen für die Anmietung und den Betrieb der Objekte.
3. beauftragt den Magistrat mit der Aufnahme von Gesprächen mit den Leistungsträgern des SGB II und SGB XII über die Übernahme der Unterbringungsgebühren in voller Höhe für den Zeitraum der Wohnungssuche.

TOP 12 Sachstandsbericht zum Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim Bezug: DS-Nr. 715/16-21/ Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim DS-Nr. 807/16-21

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, die Vorlage wie folgt zur Kenntnis zu nehmen bzw. dem Beschlussvorschlag zuzustimmen:

I. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Kreisausschuss am 09.12.2019 die Einrichtung eines weiteren Frauenhauses im Nordkreis des Kreis Groß-Gerau, aber nicht am Standort Rüsselsheim beschlossen hat.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass derzeit keine Aussage über den Bedarf an Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen von Männern und Diversen getroffen werden kann.

II. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt die beiden Prüfaufträge der Drucksache DS 715/16-21 (Prüfauftrag Einrichtung eines Frauenhauses in Rüsselsheim):

- A. „Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, Verhandlungen mit dem Kreis Groß-Gerau aufzunehmen, mit dem Ziel, an einem sicheren Standort ein Frauenhaus mit 6-8 Familienzimmern in Rüsselsheim am Main zu einzurichten. Ein barrierefreier Zugang und die Aufnahme von Jungen über 14 Jahre werden ermöglicht.“
- B. „Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat mit dem Kreis Groß-Gerau zu

prüfen, ob es einen Bedarf an Beratungsstellen und Schutzeinrichtungen von Männern und Diversen gibt und falls ja, wie dem Rechnung getragen werden kann.“

für erledigt.

**TOP 13 Kostenüberwachung von größeren Projekten
hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte
- Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 806/16-21**

Der Bericht zum Stand der Kosten und Termine der laufenden größeren Projekte für das 3. Quartal 2020 zur Kenntnis genommen.

**TOP 14 Nachrückerin der Fraktion SPD in der Betriebskommission des
Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 800/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Kultur-, Schul- und Sportausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Frau Athina Theodoridou zum Mitglied der Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim.

**TOP 15 Nachwahl eines stimmberechtigten und eines stellvertretenden stimm-
berechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss für die Wahl-
periode 2016 – 2021
hier: Stellvertretung für die SPD-Fraktion
DS-Nr. 809/16-21**

Entsprechend der Beschlussfassung im Sozial-, Integrations- und Jugendnadausschuss wird der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Herrn Wilfried Hauf wird stimmberechtigtes Mitglied und Frau Monika Klocksin wird stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rüsselsheim am Main.

**TOP 16 Nachrückerin der Fraktion SPD in der Frauenkammer
DS-Nr. 810/16-21**

Der Stadtverordnetenversammlung wird einstimmig empfohlen, dem Beschlussvorschlag wie folgt zuzustimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung benennt Frau Sema Keleta zum stellvertretenden Mitglied der Frauenkammer.

TOP 17 Anfragen und Mitteilungen

Die Stadtv. Steinborn berichtet von Hinweisen aus der Bevölkerung, wonach es aktuelle Schwierigkeiten gibt, die Rüsselsheim App herunterzuladen. Diesbezüglich wird eine schriftliche Antwort zugesagt.

Der Stadtv. Krug erinnert an seine Anfragen zum Rüsselsheim-Pass und zum ÖPNV.